

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/09/2011

**über die öffentliche Sitzung
des Bau- und Planungsausschusses am 15.06.2011,
Rathaus, Sitzungszimmer 601/Kantine**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

beratendes Mitglied

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Herr Rafael Haase

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Monja Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Jan Klöppelt

Kinder- und Jugendbeirat;
bis 21:01 Uhr

Herr Wolfgang König

Herr Siegfried Lorenz

Herr Andreas Puk

Seniorenbeirat; bis 21:01 Uhr
Stellv. Ausschussmitglied;
bis 21:01 Uhr

Sonstige, Gäste

Herr Andreas Berwing

Architekturgesellschaft whs;
zu TOP 11

Herr Fernow

Bauherr; zu TOP 11

Herr Sangals

Bauherr; zu TOP 11

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Angelika Andres
Herr Stephan Schott
Frau Anette Kruse
Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2011 vom 18.05.2011
4. Entscheidung zur Ausbildung des AOK-Knotens **2011/074**
5. Idee eines Kinos auf der P + R-Anlage "Alter Lokschuppen" **2011/080**
6. Wochenendzählung im Stadtverkehr Ahrensburg **2011/083**
7. Stadtbusverkehr Ahrensburg **2011/084**
- Kostenlose Nutzung des HVV in Ahrensburg an den Adventssonabenden 2011
8. Bypass Hamburger Straße/Manfred-Samusch-Straße
9. Kenntnisnahmen
- 9.1 Maßnahmen zum vorbeugenden baulichen Brandschutz im Rathaus
- 9.2 Informationsflyer zum Stadtbusverkehr Ahrensburg
- 9.3 Neuerung im Nachweisverfahren bei der Entsorgung von gefährlichen Abfällen
- 9.4 Nächste Sitzungen des BPA
- 9.5 Nutzen der städtischen Internetseite
- 9.6 Mitteleinsatz bei der Straßenunterhaltung
- 9.7 Optimierung der vertrauensvollen und transparenten Zusammenarbeit
10. Verschiedenes
- 10.1 Persönliche Vorstellung des Kinder- und Jugendbeirat-Vertreters
- 10.2 Reparatur der Schäden an der BAB 1 Auffahrt Ahrensburg in Richtung Hamburg
- 10.3 Nutzung der Freiflächen in der neu gestalteten Klaus-Groth-Straße

- 10.4 Gebäudesanierung P + R-Anlage "Alter Loksuppen"
- 10.5 Maschinelle Fahrbahnreinigung/Befristete Halteverbote
- 10.6 Umsetzen von Pollern in der Großen Straße
- 10.7 Schaltung der Lichtsignalanlage am Knoten Beimoor - Ostring
- 10.8 Einbahnstraßensystem Gustav-Delle-Straße
- 10.9 Erhaltenswertes Gebäude Am Alten Markt 4 a
- 10.10 Schaltung der Lichtsignalanlagen auf dem Straßenzug Lübecker Straße - Ostring
- 10.11 Ablauf eines Planfeststellungsverfahrens

1. Festsetzung der Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung verteilt der Vertreter der WAB-Fraktion den als **Anlage** beigefügten Antrag. Nach kurzer Erörterung der Intention und dem darauffolgenden Meinungsaustausch stellt man einvernehmlich fest, dass sich der Antrag nicht auf die Genehmigung des Protokolls bezieht, sondern eine bestehende Beschlussfassung im Nachhinein aufgreifen und verändern soll. Dieses ist für die heutige Sitzung jedoch nur möglich, wenn gemäß § 46 Abs. 12 in Verbindung mit § 34 Abs. 4 Satz 4 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) die vorgeschlagene Tagesordnung um diese dringliche Angelegenheit erweitert wird, wobei es hierfür der Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Ausschusszahl bedarf.

Sodann wird über den Dringlichkeitsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung abgestimmt und dieser bei nur **3 Ja-Stimmen** abgelehnt.

Man kommt überein, im nicht öffentlichen Teil die Tagesordnung um den Punkt „Verschiedenes“ zu erweitern; ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zu der in der Einladung vom 27.05.2011 vorgeschlagenen Tagesordnung.

Abschließend stimmt der Ausschuss ohne Aussprache über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit beim TOP „Verschiedenes“ ab und mit der gemäß § 46 Abs. 8 GO erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Der nicht öffentliche Teil wird im Nachhinein, wie unter TOP 8 protokolliert, ergänzt um den Punkt „Bypass Hamburger Straße/Manfred-Samusch-Straße“.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Steuer als Vertreter des ADFC Ahrensburg überreicht der Stadt Ahrensburg eine Unterschriftenliste zur „Abrundung der Gestaltung der Hagener Allee“, die als Auszug dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt ist und insgesamt rd. 90 Unterschriften umfasst. Wie betont wird, seien die Unterschriften in sehr kurzer Zeit vor Ort gesammelt worden, die Initiative werde inhaltlich auch unterstützt von der AG Radverkehr und den Fachdiensten Verkehrsaufsicht und Straßenwesen. Im Übrigen haben seine Beobachtungen ergeben, dass der Platzbereich der Hagener Allee zum überwiegenden Teil durch Fußgänger und den Radverkehr nur zu einem sehr geringen Teil vom motorisierten Individualverkehr genutzt werde. Er bittet die Verwaltungsleitung und den Ausschuss, das Projekt baldmöglichst in Angriff zu nehmen.

Herr Eckehard Knoll bezieht sich auf die bereits in der Einwohnerversamm-

lung am 31.05.2011 gestellten Fragen an die Verwaltung zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2011 über die Vorlagen 2011/015 und 2011/015/1 (Nordtangente), die mit Schreiben vom 01.06.2011 noch ergänzt worden sind und nunmehr wie folgt lauten:

1. Sollen diese und weitere Fragen in der nun erfolgenden Verkehrsplanung vor Beantragung der Planfeststellung geklärt werden?
2. Sollen diese und weitere Fragen erst im Planfeststellungsverfahren durch die Anhörungsbehörde in Kiel geklärt werden?
3. Wird es nach Klärung aller noch offenen Fragen eine entsprechende umfassende Information über alle neuen Erkenntnisse und nach erneuter sachlicher Prüfung und eingehender Diskussion noch einen abschließenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Weiterverfolgung der Nordtangente geben?
4. Wann ist eine Beschlussvorlage der Verwaltung gemäß Punkt 3 voraussichtlich zu erwarten?

Das hierzu gefertigte Antwortschreiben vom 15.06.2011 wird verlesen und dem anwesenden Fragestellenden ausgehändigt; es ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt.

Auf die Nachfrage des **Herrn Knoll** nach den prognostizierten Kosten für den Umbau des AOK-Knotens auf Basis der unter TOP 4 zur Abstimmung stehenden Lösung mit Lichtsignalanlagen betont die Verwaltung, dass die eventuell zu Beginn der verkehrstechnischen Untersuchung genannten Kosten von 800.000 € nunmehr unter Einbeziehung der Nebenkosten grob fortgeschrieben worden sind, sodass rund 1,2 Mio. € an Kosten genannt wurden. Eine Beteiligung des Bundes als Baulastträger der Bundesstraße wäre in einer später zu treffenden Kostenteilungsvereinbarung zu konkretisieren.

Ferner appelliert **Herr Knoll** in Bezug auf die Beratung unter TOP 5 daran, angesichts des S 4-Projektes und der hiermit verbundenen Attraktivitätssteigerung des Schienenpersonennahverkehrs, die Anzahl an P + R-Plätzen in der Anlage „Alter Lokschuppen“ keinesfalls zu realisieren. Hier wird auf die anstehende Beratung verwiesen.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2011 vom 18.05.2011

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4. Entscheidung zur Ausbildung des AOK-Knotens

In der Beratung wird eingangs klargestellt, dass es zwar keine Eilbedürftigkeit gebe bei der vorgeschlagenen Grundsatzentscheidung, man jedoch die mehrjährige Phase, in der Gutachter sich mit der Verkehrsabwicklung auseinander gesetzt haben, abschließen sollte, nachdem auch der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr die bereits im BPA am 06.04.2011 bekanntgegebene Bewertung abgegeben hat. Ein Ausschussmitglied rät der Verwaltungsleitung, den Inhalt eines kürzlich zu diesem Thema erschienenen Artikel per Presseinformation richtig zu stellen.

Während einige Ausschussmitglieder andeuten, dass die für den Umbau des AOK-Knotens erforderlichen Mittel erst in einigen Jahren bereitgestellt werden können und sich bis dahin etwa die Verkehre und die Bewertung der Kreisverkehrslösungen gegenüber heute geändert haben könnten, betonen andere Entscheidungsträger, dass die grundsätzlich zur Abwicklung des Kfz-Verkehrs als Alternative anzusehende Turbo-Kreisverkehrsanlage entscheidende Gefahren für die Sicherheit des Fußgänger- und Radverkehrs mit sich bringt.

Sodann über wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Idee eines Kinos auf der P + R-Anlage "Alter Lokschuppen"

Die Verwaltung erläutert anhand eines in das Ratsinformationssystem eingestellten Vortrages die Vorlage, gibt die Einschätzung ab, dass der Projektentwickler die Idee auf Basis des Beschlussvorschlages wohl nicht weiterverfolgen wird und stellt die Frage, ob und wo ein über ein Programm kino hinausgehendes Kino-Center überhaupt in Ahrensburg denkbar wäre.

In der anschließenden Beratung wird einerseits erinnert an die Entwicklung des Grundstückes Rohrbogenwerk im Gewerbegebiet West, auf dem auch die Ansiedlung eines Programmkinos zur Diskussion stand. Die Verwaltung wird gebeten, zu dieser Entwicklung bei Gelegenheit über den Verfahrensstand zu berichten.

Grundsätzlich betonen alle Ausschussmitglieder ihren politischen Willen, auch in Ahrensburg ein kommerzielles ausgerichtetes Kino-Center anzusiedeln, Voraussetzung ist jedoch, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Der hier angedachte Standort liege zwar in der Nähe eines Bahnhofes und würde Synergien ergeben mit dem bereits vorhandenen Parkhaus, wäre aber mit einer unzumutbaren Begrenzung der Entwicklungsmöglichkeiten verbunden. Bei der P + R-Anlage „Alter Lokschuppen“ dürfe man sich keine Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten verbauen, zumal in dem Quartier bis zur Hamburger Straße und bis zum Lindenhof-Grundstück in den kommenden Jahren städtebauliche Entwicklungen anstehen könnten. Daneben können dem SPNV durch das S 4-Projekt eine größere Bedeutung zukommen.

Die Rahmenbedingungen zur Entwicklung eines Kino-Projektes könnten aber eher ausgelotet werden bei einem möglichen Parkhausbau östlich der Manfred-Samusch-Straße.

Der in der Vorlage vorgenommenen Bewertung wird inhaltlich gefolgt. Ein Ausschussmitglied geht sogar darüber hinaus, in dem die P + R-Parkplätze auch in den Abendstunden kostenlos zur Verfügung gestellt bleiben sollten und insofern unter a) des Beschlussvorschlages der letzte Halbsatz gestrichen werden sollte, der folgenden Inhalt hat **„Ausnahmen wären allenfalls in den Abendstunden (ab ca. 18 Uhr) denkbar“**.

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Sodann wird über folgenden modifizierten Beschlussvorschlag abgestimmt:

Die Idee, die P + R-Anlage „Alter Lokschuppen“ aufzustocken, um ein Kino-Projekt zu realisieren, soll nur weiterverfolgt werden unter der Voraussetzung, dass

- a) die heutige Anzahl an Parkplätzen im „Alten Lokschuppen“ auf den vorhandenen 3 Ebenen erhalten bleibt und nach den Regeln des Park & Ride-Systems im HVV-Gebiet betrieben wird,
- b) die Stadt Ahrensburg in Zukunft Eigentümerin des Parkhausgrundstücks bleibt und auch kein Erbbaurecht vergibt, sondern den Investoren allein auf bestimmte angemessene Zeit das Recht gewährt, das Gebäude zweckgebunden zu erhöhen,
- c) sich der Investor im Vorwege vertraglich dazu bereiterklärt, unabhängig vom Ausgang der Verfahren die auf dieses Projekt entfallenden anteiligen Kosten der Bauleitplanverfahren zu übernehmen bzw. zu tragen,
- d) die Idee des Kino-Centers vorab näher konkretisiert und abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

**7 dafür
1 dagegen
1 Enthaltung**

6. Wochenendzählung im Stadtverkehr Ahrensburg

Die Verwaltung erläutert in einem Vortrag die Ausgangslage für den Kreis Stormarn, der über seine Wertung und die Maßnahmenvorschläge zunächst in Kontakt treten möchte mit der vor Ort betroffenen Kommune, die das Bedienungsangebot in ihrem Stadtgebiet finanziell fördert und angesichts des in Erarbeitung befindlichen Masterplans Verkehr keine spürbaren Einschnitte bei den Busverbindungen akzeptieren dürfte. Kritisch ist aus Sicht der Stadt insbesondere die Einstellung des Spätverkehrs im nordwestlichen Stadtgebiet und das infrage stellen des 30-Minuten-Taktes zu den Geschäftszeiten des samstags auf der Linie 269 vom und zum Stadtteil Am Hagen zu sehen.

Ein erstes Abstimmungsgespräch über die Umsetzung des VA-Beschlusses vom 10.05.2011 hat inzwischen stattgefunden, in dem es auch um die inhaltliche Auseinandersetzung mit den zunächst angedachten Maßnahmen und um alternative Lösungsvorschläge – bis hin zum System des Anruf-Sammel-Taxis (AST) – gegangen ist, das je nach individueller Ausgestaltung Vor-, aber auch Nachteile mit sich bringen könnte.

Klar wurde, dass nicht alle endgültigen Maßnahmen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2011 greifen können und es insofern zu einer zweistufigen Umsetzung kommt. Da der BPA darüber hinaus über die ersten Ergebnisse der Abstimmungsgespräche im September 2011 beraten müsste, könnte der 2. Satz des Beschlussvorschlages folgende Neufassung erhalten: „Über ggf. erforderliche Haushaltsmittel wird im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2012 beraten.“

Ergänzend zur Vorlage stellt die Verwaltung die Situation auf der Linie 569 vor, die in Form eines Vermerks diesem Protokoll **(Anlage)** beigelegt ist und zunächst die angekündigte Vorlage ersetzt.

In der anschließenden Diskussion wissen Ausschussmitglieder von gelungenen Einführungen des AST in Stormarn zu berichten und regen an, Taxiunternehmen in der Region mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Im Zusammenhang mit dem Wochenendverkehr setzen sich einzelne Ausschussmitglieder kritisch mit der Organisation des Stadtbusverkehrs auseinander, hinterfragen die Trägerschaft des Kreises, das Festhalten am Bestpreisprinzip, durch das ein Kleinbussystem in der Nebenverkehrszeit keine Chance erhalte sowie die Finanzierung des so genannten Grundangebotes.

Letztlich will man sich im BPA wahrscheinlich am 07. oder 21.09.2011 mit den konkret bevorstehenden Maßnahmen beim Stadtbusverkehr auseinandersetzen.

Letztlich wird über folgenden modifizierten Beschlussvorschlag abgestimmt:

Auf Basis des Beschlusses des Kreisverkehrsausschusses vom 10.05.2011 wird die Verwaltung ermächtigt, in Abstimmungsgespräche mit der Kreisverwaltung einzutreten.

Über ggf. erforderliche Haushaltsmittel wird im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2012 beraten.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

7. Stadtbusverkehr Ahrensburg
- Kostenlose Nutzung des HVV in Ahrensburg an den Adventsson-
abenden 2011

Nach einer kurzen Erläuterung der Vorlage merken mehrer Ausschussmitglieder am Rande an, dass das kostenfreie Parken zu Jahresbeginn eingestellt und im Herbst 2011 nicht mehr von der Verwaltung vorgeschlagen werden sollte.

Des Weiteren wird der Sinn in die Effektivität der Freifahrten-Aktion bei den Busverkehren an den Adventssonabenden hinterfragt. Man kommt überein, lediglich Nr. 1 des Beschlussvorschlages abzustimmen unter der Voraussetzung, dass die VHH anhand von tatsächlichen Fahrgastzahlen darlegt, ob und in welchem Umfang zusätzliche Fahrgäste gegenüber den sonst üblichen Busverbindungen zu verzeichnen sind. Da anhand dieser Zahlen im Frühjahr 2012 eine Analyse gezogen werden soll, wird von einer Verstetigung des Angebotes gemäß Nr. 2 des Beschlussvorschlages abgesehen.

Abschließend wird über folgenden reduzierten **Beschlussvorschlag** abgestimmt:

Die Stadt Ahrensburg bestellt auf Basis des unten beschriebenen HVV-Angebotes vom 10.03.2011 die Feifahrt der Busverkehre in Ahrensburg an den Adventssonabenden 2011.

Abstimmungsergebnis:	7 dafür
	2 dagegen

8. Bypass Hamburger Straße/Manfred-Samusch-Straße

Wie von der Verwaltung gebeten, sollte die nicht öffentliche Vorlage Nr. 2011/050 und der Auszug des BPA-Protokolls Nr. 07/2011; TOP 9.2, mitgebracht werden für die Erörterung unter den Aspekten Verfahrensstand B-Plan Nr. 51 – 4. Änderung; Masterplan Verkehr, Ausbau AOK-Knoten und zentrale Bushaltestelle innerhalb des Zentrum-Ringes.

Ein Ausschussmitglied ist der Auffassung, die fachlichen Aspekte nicht ohne die finanzielle Lösung diskutieren zu können, die in der nicht öffentlichen Vorlage dargelegt ist. Nachdem auch andere Ausschussmitglieder diese Meinung vertreten und Bedenken haben, ob die Interessen des öffentlichen Wohls in einer öffentlichen Diskussion gewahrt bleiben können, wird einvernehmlich im Nachgang zum TOP 1 der Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit gestellt.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

8 dafür

1 Enthaltung

Damit ist die gemäß § 46 Abs. 8 GO Schleswig-Holstein erforderliche Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder gegeben. Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes ist insofern beendet; man kommt überein, das Thema als neuen TOP 12 zu behandeln.

9. Kenntnisnahmen

9.1 Maßnahmen zum vorbeugenden baulichen Brandschutz im Rathaus

Auf Grundlage eines erörternden Gespräches unter Einbeziehung des Brandschutzes beim Kreis Stormarn hat die städtische Bauaufsicht per Bescheid insbesondere folgende bisher erkennbaren Hauptmängel beim Ahrensburger Rathaus festgestellt

- fehlender zweiter baulicher Rettungsweg
- vorhandener 1. Rettungsweg (Treppenhaus) ist nicht rauchdicht
- keine funktionierenden Brand- und Rauchabschnitte bzw. -abschottungen im Kellergeschoss, Erdgeschoss und ersten Obergeschoss

und den Bürgermeister als Eigentümer des Gebäudes aufgefordert, als erste Maßnahme ein umfassendes Brandschutzkonzept vorzulegen, das den erforderlichen baulichen Brandschutz als Ganzes betrachtet und Lösungen im Einzelnen vorschlägt.

Die Verwaltung stellt auf Nachfrage klar, dass zwar keine Fristen gesetzt sind, angesichts der aufgezeigten Mängel und der hiermit verbundenen Gefahren für alle im Rathaus Tätigen und der Besucher jedoch ein unverzügliches Handeln erforderlich ist. Vor Kurzem wurde seit geraumer Zeit wieder eine Brandschutzübung durchgeführt.

Wie mehrere Ausschussmitglieder betonen, wird die Stadtverwaltung in ihrem Bemühen, die Mängel kurzfristig abzustellen, unterstützt. Angesichts der zu erwartenden Baukosten wird jedoch gebeten, die Selbstverwaltung über die einzelnen Schritte auf dem Laufenden zu halten und frühzeitig eine Kostenprognose bekanntzugeben, um dieses Projekt im Finanzplan darstellen zu können. Darüber hinaus wird gebeten, die Brandlast durch das Schließen von Sicherheitstüren und das Umlagern von brennbaren Materialien kurzfristig zu reduzieren.

9.2 Informationsflyer zum Stadtbusverkehr Ahrensburg

Auf Initiative der Stadt und mit einer finanziellen Beteiligung von 10.000 € zu Lasten des Haushaltsplanes 2009 wurde in enger Abstimmung mit der HVV GmbH und dem Kreis Stormarn als Träger des ÖPNV eine nunmehr 48-seitige Informationsbroschüre im Auftrag der Hochbahn AG erstellt. Nachdem zunächst die Inbetriebnahme der Bahnstation Ahrensburg-Gartenholz abgewartet werden sollte und es Anfang des Jahres zu weiteren Verzögerungen kam, befindet sich das beauftragte Unternehmen nunmehr in der letzten Abstimmungsphase, sodass der Informationsflyer wahrscheinlich noch vor den Sommerferien Schleswig-Holsteins und damit im Juni 2011 an alle Ahrensburger Haushalte verteilt werden kann.

Mit dem Flyer wird versucht, breiteren Bevölkerungsschichten das Busangebot in Ahrensburg näherzubringen; in den Fahrplänen wurde Wert darauf gelegt, die Verknüpfungen zu den Linien R 10, U 1 sowie den sonstigen Stadt- und Regionallinien darzulegen.

9.3 Neuerung im Nachweisverfahren bei der Entsorgung von gefährlichen Abfällen

Auf die Novellierung der Nachweisverordnung (NachwV) vom 20.10.2006 weist die Verwaltung hin.

Mit dieser Novellierung hielt das elektronische Abfall-Nachweisverfahren (eANV) Einzug in das deutsche Abfallrecht. Dieses wurde zum 01.04.2010 zur Pflicht; seit dem 01.02.2011 ist die qualifizierte elektronische Signatur

statt der herkömmlichen Begleitscheine anzuwenden.

Betroffen sind grundsätzlich auch alle Kommunen, die in ihrer Funktion als Abfallerzeuger gefährliche Abfälle (z. B. im Zuge von Straßenbau- oder anderen Baumaßnahmen) entsorgen bzw. entsorgen lassen.

Für die Teilnahme am elektronischen Nachweisverfahren wurde die Registrierung für die Stadt Ahrensburg bei der zentralen Koordinierungsstelle Abfall (ZKS) vorgenommen und ein Konto eröffnet sowie eine Person als zentrale städtische Anlaufstelle für die Entsorgung gefährlicher Abfälle angegeben; weiterhin wurde eine Signaturkarte für die qualifizierte Signatur sowie ein Kartenlesegerät besorgt.

9.4 Nächste Sitzungen des BPA

Wie die Verwaltung erinnert, findet am Mittwoch, dem 06.07.2011, – also ausnahmsweise innerhalb der Sommerferien Schleswig-Holsteins – eine BPA-Sitzung statt wegen der Behandlung von Eingaben und Anregungen im Rahmen der 2. Offenlage der Bebauungspläne Nrn. 91 A und B/Hansdorfer Straße.

Die erste Sitzung nach den Sommerferien ist geplant für den 17.08.2011.

9.5 Nutzen der städtischen Internetseite

Die private Interessengruppe bzw. Initiative „Ahrensburger Bürger gegen Fluglärm“ hat bei der Stadtverwaltung angefragt, ob Dateien der Flugspuren bzw. -bewegungen auf dem Server der Stadt Ahrensburg hochgeladen werden können mit dem Ziel, diese einer breiteren Öffentlichkeit verfügbar zu machen. Diese Form der Veröffentlichung einer privaten Interessengruppe kommt nach Auffassung der Verwaltung nicht in Betracht, zumal nicht originäre Aufgaben der Stadt tangiert sind. Der BPA nimmt Kenntnis.

9.6 Mitteleinsatz bei der Straßenunterhaltung

Wie die Verwaltung bekannt gibt, verliert der Fachdienst IV.3 Straßenwesen im nächsten Monat einen Ingenieur und muss daher verstärkt Prioritäten bei der Umsetzung der diversen Projekte setzen. Geplant ist daher, auf die aufwendige Ausschreibung von Deckenerneuerungen zu verzichten, sondern

stattdessen die ebenfalls in der Haushaltsstelle 54100.5221000 bereitgestellten Unterhaltungsmittel für Kleinvertragsarbeiten einzusetzen.

In der anschließenden Aussprache wird erläutert, dass die Mittel, wie im Haushaltsbeschluss vorgesehen, der Straßenunterhaltung zugute kommen, in diesem Jahr jedoch keine kompletten Deckenüberzüge gefahren werden.

In diesem Zusammenhang regt ein Ausschussmitglied an, dass sich der wahrscheinlich zuständige Hauptausschuss mit der Frage auseinandersetzen sollte, ob und in welcher Form die nach Tarifvertrag vorgesehene Vergütung, etwa von Tiefbauingenieuren, flexibler gestaltet werden können, um angesichts des heutigen Missverhältnisses zu den in der freien Wirtschaft gezahlten Gehältern kontinuierlicher und nachhaltiger handeln zu können.

9.7 Optimierung der vertrauensvollen und transparenten Zusammenarbeit

Nach den in den letzten Wochen geführten Gesprächen mit Kommunalpolitikern beabsichtigt die Fachbereichsleiterin Bau

- Themen des Bauamts künftig transparenter zu machen,
- unabhängig von Anlass bezogenen Beratungen regelmäßig über Verfahrensstände zu informieren,
- die Politik enger beratend zu begleiten in den Entscheidungsprozessen und
- ein Gesprächsangebot für die zuständigen Fraktionssprecher zu unterbreiten, um die Inhalte von Vorlagen und Verwaltungsvorgängen bei Bedarf zu erläutern
- mit der Folge, die – etwa im BPA hohe – Zahl der Sitzungen zu reduzieren.

10. Verschiedenes

10.1 Persönliche Vorstellung des Kinder- und Jugendbeirat-Vertreters

Herr Jan Klöppelt stellt sich als neuer Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates Ahrensburg vor, der die Sitzungen und die Tätigkeit des Bau- und Planungsausschusses in Zukunft begleiten wird.

10.2 Reparatur der Schäden an der BAB 1 Auffahrt Ahrensburg in Richtung Hamburg

Ein Ausschussmitglied kommt zurück auf die bereits am 18.05.2011 vorgebrachte Anregung, die bei Bauarbeiten in Mitleidenschaft geratene Auffahrt Ahrensburg an der BAB 1 Richtung Hamburg schnellstmöglich reparieren zu lassen durch den Landesbetrieb Verkehr und Straßenbau, Niederlassung Lüneburg, und dort auf die Dringlichkeit hinzuweisen.

10.3 Nutzung der Freiflächen in der neu gestalteten Klaus-Groth-Straße

Auf Nachfrage nimmt die Verwaltung Bezug auf das bereits in der BPA-Sitzung am 04.05.2011 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 07/2011; TOP 9.3) erörterte Thema, wobei das CCA für den im Eingangsbereich angesiedelten Eis- und Crepestand eine Sondernutzung auf dem östlichen Abschnitt der Freifläche in der Klaus-Groth-Straße beantragt. Anders als ursprünglich geplant werden demnach nur 2 der 5 6 x 6 m großen Sonnenschirme aufgestellt, für die Bodeneinlassungen vorgesehen sind. In diesem Jahr könnten die Schirme evtl. auch kleiner ausfallen und ausnahmsweise mit einem kleinen Schriftzug der Eismarke versehen sein.

Die Situation wird insgesamt als unbefriedigend angesehen, wobei man auf Sondernutzungsanträge entsprechender Qualität angewiesen ist, will man nicht als Stadt Ahrensburg selber die Möblierung vorhalten.

10.4 Gebäudesanierung P + R-Anlage "Alter Lokschuppen"

Auf die Erinnerung eines Ausschussmitgliedes nach den größeren Betonschäden am Parkhaus in der Bahnhofstraße bestätigt die Verwaltung, dass man derzeit die umfangreichen Schäden aufnehmen und ein Gesamtkonzept zur Sanierung erarbeiten lasse. Entsprechende Mittel sind für die Planung in 2011 und für die Bautätigkeit in 2012 eingeplant.

10.5 Maschinelle Fahrbahnreinigung/Befristete Halteverbote

Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass die befristeten Halteverbote zur Durchführung der maschinellen Fahrbahnreinigung grundsätzlich ihre Berechtigung haben und ihre Wirkung erzielen, da ansonsten in den betroffenen

Straßenabschnitten der Rinnstein ständig zugeparkt und eine Gegenleistung für die Gebühr nicht erkennbar gewesen wäre.

Ein Ausschussmitglied bittet zu prüfen, ob derartige Halteverbote nicht auch eingerichtet werden können im westlichen Abschnitt der Bismarckallee, in dem der hohe Parkdruck etwa die Reinigung der Sieleinläufe stark behindere.

10.6 Umsetzen von Pollern in der Großen Straße

Ein Ausschussmitglied erinnert daran, dass beidseits der Mittelfahrbahn in der Großen Straße die Poller so nah an die Fahrbahn herangerückt werden sollen, um ein ordnungswidriges Parken von Kraftfahrzeugen von vornherein zu unterbinden. Während die Maßnahme auf der Westseite bereits umgesetzt ist, steht sie nach Auskunft der Verwaltung auf der Ostseite in Kürze an.

10.7 Schaltung der Lichtsignalanlage am Knoten Beimoor - Ostring

Wie Ausschussmitglieder bemerken, benötigen Fußgänger und Radfahrer, die den Beimoorweg in Richtung Bahntrasse befahren, bei der Querung des Ostringes teilweise 2 Phasenumläufe, um die Fahrbahn des Ostringes zu überqueren. Hierzu bestätigt die Verwaltung, dass in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Bedarfsauslösung durch die Verkehrsteilnehmer auf den Nebenanlagen eine längere Wartezeit in Anspruch genommen werden muss; diese Lichtsignalanlage sei an den Verkehrsrechner angeschlossen und damit flexibel und den Verkehrsflüssen entsprechend geschaltet.

10.8 Einbahnstraßensystem Gustav-Delle-Straße

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf die Schwierigkeiten des Linienbusverkehrs, angesichts des ruhenden und begegnenden Verkehrs die Gustav-Delle-Straße in Richtung Westen zu befahren. Die Verkehrsaufsicht wird gebeten zu prüfen, ob in der Gustav-Delle-Straße ein Einbahnstraßenverkehr angeordnet werden kann.

Die Verwaltung sagt die Prüfung zu, merkt jedoch gleichzeitig an, dass derartige Anordnungen in bestimmten Straßen nicht unerhebliche Einflüsse auf ein ganzes Quartier haben und von daher das gesamte Verkehrssystem im Stadtteil bewertet werden muss.

10.9 Erhaltenswertes Gebäude Am Alten Markt 4 a

Das gegenüber der Schlosskirche befindliche Gebäude wird zum Verkauf angeboten, wobei in dem Hinweisschild auch ein Abriss des Gebäudes als Option angedeutet wird. Ein Ausschussmitglied erinnert sich daran, dass dieses Gebäude in dem dort geltenden Bebauungsplan als erhaltenswert eingestuft worden ist und bittet um einen Sachstandsbericht.

10.10 Schaltung der Lichtsignalanlagen auf dem Straßenzug Lübecker Straße - Ostring

Wie Ausschussmitglieder feststellen, hat der Kfz-Verkehr aus der Lübecker Straße in Richtung Ostring keine „grüne Welle“, da die Lichtsignalanlagen am Weinberg-Knoten und am Beimoor-Knoten nicht aufeinander abgestimmt seien.

Diese Beobachtung wird von der Verwaltung bestätigt, die in diesem Zusammenhang darauf hinweist, dass die LSA am Knoten Weinberg derzeit noch nicht an den Verkehrsrechner angeschlossen ist, während die LSA am Knoten Beimoor angeschlossen ist und damit bedarfsgerecht geschaltet wird.

10.11 Ablauf eines Planfeststellungsverfahrens

Der Ausschussvorsitzende nimmt Bezug auf den anhand der Vorlagen Nr. 2011/015/1 von der Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2011 gefassten Beschluss zur so genannten Nordtangente. Er bittet darum, spätestens in der nächsten Sitzung erläutert zu bekommen, welche Verfahrensschritte auf Grundlage dieses Beschlusses anstehen sowie unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form das Planfeststellungsverfahren eingeleitet und ablaufen könnte.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:01 Uhr.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer